Werk

Titel: I.G. Auschwitz Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprung...

Autor: Roth, Karl Heinz

Ort: Hamburg

Jahr: 1989

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0004|LOG_0084

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Karl Heinz Roth I.G. Auschwitz
Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?*

»WARUM Auschwitz?« Dieses Problem wollte Primo Levi, italienischer Chemiemanager und ehemaliger jüdischer Sklave der I.G. Farbenindustrie AG-Werk Auschwitz OS, einem westdeutschen Geschäftspartner vorlegen, dem er Ende 1944 im Labor des Bunawerks Monowitz als Herrn begegnet war. Er tat es nicht sogleich, er sondierte das Terrain zunächst mit Vorfragen. Jedoch endete der sich anbahnende Kontakt zweier dem Schein nach wieder gleichrangiger Chemiker und Industriemanager mit dem plötzlichen Tod des westdeutschen Korrespondenzpartners.[1] Levi mußte die Kernfrage, die sein autobiographisch-literarisches Schaffen seit seiner Rückkehr aus Monowitz beherrschte, weiter für sich behalten.

Warum nicht Auschwitz - I.G. Auschwitz? Die umgekehrte Frage drängt sich auf, sobald wir die aktuelle populärwissenschaftliche Literatur zur Geschichte der organischen Chemietechnik durcharbeiten. Genauso wie bei der seit Jahrzehnten immergleichen PR-Publizistik der I.G. Farben-Nachfolger suchen wir beispielsweise bei den Autoren einer Veröffentlichungsreihe des Deutschen Museums vergeblich nach Spuren, die auf das I.G.-Werk in Oberschlesien hinweisen. Während sie die Hochdruckverfahren zur Benzinsynthese und den Ausbau der Acetylenchemie zur Bunaproduktion als »unvergessene Leistungen der deutschen chemischen Industrie« abfeiern, die damit »wieder Weltgeltung erreicht« habe[2], bleibt das damit verbundene spektakulärste Investitionsprojekt der I.G. Farben unerwähnt. Damit korrespondiert wiederum eine neue Strömung der Wirtschaftsgeschichtsschreibung, die auf vielen Gebieten zu neuartigen wie breit fundierten Erkenntnissen gelangt, jedoch bei der Erörterung des letzten Kettenglieds im Innovationspool der deutschen

* Dem Andenken Primo Levis, Referat auf dem Neuengamme-Symposium 1989 der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

1 Primo Levi, Vanadium, in: ders., Das periodische System (1975), Berlin ²1988, S. 237ff.

2 Dieter Osteroth, Soda, Teer und Schwefelsäure - Der Weg zur Großchemie (Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik, hg. vom Deutschen Museum), Reinbek bei Hamburg 1985, S. 177.

Acetylen- und Hochdruckchemie der dreißiger und vierziger Jahre einen Wissensstand fortschreibt, der über die Dokumentenexegese des I.G. Farben-Prozesses nicht nur nicht hinausgeht, sondern dessen erste Erkenntnisansätze planvoll abschleift und zurücknimmt.[3]

Warum also I.G. Auschwitz? Bestimmt nicht, um eine wie auch immer geartete Forschungslücke zu schließen. Wie jede historische Fragestellung mit erkenntnisleitender Schlüsselfunktion ist der Komplex I.G. Auschwitz ein existenzielles Problem. Wer sich dem in das Konzentrationslager Auschwitz integrierten I.G.-Werk »Buna IV« über die Akten und die Zeugnisse der Überlebenden nähert, wird verändert. Er wird seine eigenen Lebensverhältnisse danach mit anderen Augen ansehen als vorher. Ein kleiner Schatten von dem, was Primo Levi den zerstörerischen »Traum im Traum« nannte[4], wird auf ihn fallen, sobald er zu ahnen beginnt, was dort geschehen ist. Wir sollten den Yuppie-Publizisten und den Wirtschaftshistorikern ihre Schutzmechanismen nicht übelnehmen und selber rekonstruieren, was sich vielleicht vor dem Vergessen retten läßt. Die Quellenlage ist gut, wie mühsam und verwirrend der Weg zu den Dokumenten auch immer sein mag, und es gibt hervorragende Berichte von Überlebenden. Im folgenden werde ich ein Zwischenergebnis vorstellen.

1. Entstehungsgeschichte bis zum Baubeginn April 1941

Unmittelbar nach der Niederwerfung Polens durch die deutsche Wehrmacht hatte die I.G.-Spitze beschlossen, der deutschen Rüstungs- und Kriegsmaschine in Rattwitz (30 km südlich von Breslau) ein drittes Synthesewerk für Kunstkautschuk zur Verfügung zu stellen, um die Produktionskapazität der noch im Aus- und Aufbau befindlichen Anlagen in Schkopau und Hüls weiter zu erhöhen.[5] Mit den Ausschachtungsarbeiten war im Frühjahr 1940 begonnen worden. Anfang Juli hatte die I.G. das Projekt jedoch wieder mit der Begründung aufgegeben, daß aufgrund der Kapitulation Frankreichs »eine Verlagerung der gesamten Wirtschaft nach dem Westen erfolgen würde und auch der baldige Besitz eines Kolonialreiches die Erstellung weiterer Bunafa-

3 Hierzu vor allem Peter Hayes, Industry and ideology - IG Farben in the Nazi era, Cambridge usw. 1987, S. 347ff.; Peter John Turnball Morris, The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft: 1926-1945, Phil. Diss. University of Oxford, September 1982, S. 330ff.; Gottfried Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG - Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Habilitationsschrift Universität Bielefeld, September 1987, S. 412ff.

4 Primo Levi, Die Atempause (1963), zitiert aus dem Sammelband Primo Levi, Ist das ein Mensch? - Die Atempause, München und Wien 1988, S. 362.

5 Vgl. den undatierten Bericht der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau über die Buna-Entwicklung 1939-1940, NA, T-301, NI-8833; ergänzend BA, R 25/148 und R 7/2228.

briken als unzweckmäßig erscheinen ließe«[6]. Nach dem Scheitern der Luftoffensive gegen England im August/September 1940 hatte sich das Blatt erneut gewendet. Die kriegswirtschaftlichen Koordinationsbehörden hatten im Wissen um die beginnende Aufmarschplanung gegen die Sowjetunion - den 1939/40 wichtigsten Lieferanten des noch keineswegs substituierbaren Naturkautschuks - Alarm geschlagen und die seit 1937 schwebenden Verhandlungen um ein drittes und viertes Bunawerk erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Am 2. November 1940 hatten sich die I.G.-Manager Fritz ter Meer und Otto Ambros mit dem Reichswirtschaftsministerium darauf geeinigt, die Buna-Kapazitäten auf 150 000 Tonnen pro Jahr auszubauen »und zu diesem Zweck zwei neue Buna-Werke mit einer Kapazität von je 25 000 jato zu errichten. Dem von der I.G. vorgeschlagenen Standort für das dritte Buna-Werk Ludwigshafen wurde zugestimmt und der I.G. gleichzeitig aufgegeben, für ein viertes Werk in Schlesien einen geeigneten Standort zu ermitteln«.[7] Damit hatte sich die I.G. in der Standortfrage erneut durchgesetzt, und zwar auch in bezug auf Oberschlesien, da sie trotz des Rückzugs aus Rattwitz intensiv daran arbeitete, im dortigen Steinkohlenbergbau, der Energiewirtschaft und nicht zuletzt der Hochdruckchemie (Hydrierwerk Heydebreck) langfristig Fuß zu fassen.

Nach dieser Grundsatzentscheidung überschlugen sich die Ereignisse. Die Verhandlungen um den Erwerb der Steinkohlebasis für das geplante Bunawerk IV wurden intensiviert, eine Gruppe von Industriebauspezialisten von Ludwigshafen aus noch im November nach Oberschlesien in Marsch gesetzt.

6 Dr. Stephan, Buna-Erzeugung 1940/41, Bericht vom 12.12.1941, S. 4, BA, R 25/148. Diese Begründung hatte die I.G. den Vertretern des Reichsamts für Wirtschaftsausbau gegenüber abgegeben. Sie wird durch Bemühungen der I.G. um den Erwerb überseeischer Naturkautschukplantagen gedeckt, die im Sommer 1940 im Rahmen ihrer Nachkriegsplanungen einsetzten und sich mit den »kolonialen Großraumplanungen« der kautschukverarbeitenden Industrie überschnitten (ZStA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 9126). Mit dieser Argumentation kontrastiert ein Legitimationsversuch der I.G.-Planer gegenüber Karl Krauch, dem Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und Aufsichtsratsvorsitzenden der I.G.: Die Kapazitäten von Schkopau und Hüls könnten leicht erweitert werden, um den steigenden Buna-Bedarf zu decken, und außerdem zeichne sich »laboratoriumsmäßig ein neuer Weg für die Herstellung von synthetischem Kautschuk auf einer anderen chemischen Grundlage ab«, wie er dann tatsächlich im Werk Buna III in Ludwigshafen als Reppe-Verfahren großtechnisch erprobt worden ist (Schreiben Krauchs an den Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen Generalmajor von Schell vom 23.7.1940, Archiv der Daimler-Benz AG, Kissel XI/2). Diese unterschiedlichen Begründungen sind ein wichtiges Indiz dafür, daß das zusätzlich geforderte Buna IV für die I.G. nur dann akzeptabel erschien, wenn es sich von anfang an als Weiterentwicklung der Acetylen- und Buna-Chemie zur Kuststoffproduktion planen ließ. Tatsächlich weisen einige Anhaltspunkte darauf hin, daß der Abbruch des Projekts Rattwitz schon im Spätsommer 1940 mit neuen I.G.-Planungen zum Aufbau eines auf der Acetylen- und Äthylenchemie basierenden Kunststoffkombinats in Ost-Oberschlesien einherging. Sie können aber im Rahmen dieses Zwischenberichts nicht weiter verfolgt werden.

7 Aktennotiz Fritz ter Meers über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 6.2.1941, Fall VI, ADB 72, NI-11 112; zum Verlauf der Sitzung auch ebenda, NI-11 781; ergänzend Kriegstagebuch des Stabs des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts des OKW, Eintrag vom 2.11. 1940, BA-MA, RW 19/164.

Sie kreuzte sich mit einer Expertengruppe der Mineralöl-Baugesellschaft mbH, einer Beteiligungsgesellschaft der I.G., die am 10. Dezember 1940 in Kattowitz konferierte, um im Auftrag einer Holdinggesellschaft oberschlesischer Bergwerksunternehmen Bauplätze für zwei neue Hydrierwerke auszuwählen.[8] Auf dieser Arbeitsbesprechung wurde erstmals die Gemarkung Monowice/Monowitz östlich von Auschwitz durchdiskutiert: ein ausgezeichnetes Gelände auf einem Löß-Plateau; exzellente Wasserverhältnisse am Zusammenfluß der Weichsel, Przemsa und Sola; unerschöpfliche Steinkohlenreserven in der Nähe; und last not least der Ort Auschwitz, der demnächst aus »bevölkerungspolitischen« Gründen »evakuiert« und somit für die »Unterbringung des Bau- und späteren Betriebspersonals ... zur Verfügung« stehen werde.[9]

Am 15. Dezember 1940 kam auch Otto Ambros, stellvertretender Betriebsführer der I.G. Ludwigshafen und Leiter der I.G.-Kommission für Kautschuk und Kunststoffe, nach Oberschlesien. Drei Tage lang konferierte er mit Industriellen und Wirtschaftsexperten, und er besuchte eine Reihe von möglichen Standorten. Rattwitz stand nicht mehr zur Diskussion wegen der hohen Frachtbelastung der von weither zu holenden Massengüter Kohle und Kalk, aber auch, weil der regionale Breslauer Arbeitsmarkt inzwischen durch industrielle Neugründungen erschöpft war. Auch der Bereich Odertal schied aus, die neuen Hydrierwerke Heydebreck und Blechhammer hatten den Arbeitsmarkt inzwischen ebenfalls leergefegt. Andere Lokalitäten im deutschen bzw. ehemals österreichischen Teil Oberschlesiens (Groschowitz, Gogolin, Groß-Doebern) wiesen vielfältige Standort-Nachteile auf. Hinzu kam die prekäre Arbeitsmarktlage. »Der Oberschlesier«, erfuhr Ambros, stehe »in seiner Arbeitsleistung dem mittel- und westdeutschen Arbeiter weit« nach, er sei bedürfnislos und zeige keinerlei Interesse, »durch Steigerung der Leistung seinen Verdienst zu erhöhen.«[10] Dafür lagen aber auch die Löhne 20-30 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt. Wer in dieser Region eine leistungswillige Belegschaft stabilisieren wolle, müsse enorme sozialpolitische Konzessionen machen, berichtete ein Kokereibesitzer der von Ambros geleiteten Delegation aus Ludwigshafen. Es lag alles in allem nahe, dem deutschen Teil Oberschlesiens den Rücken zu kehren und sich mit den Standort- und Arbeitsmarktverhältnissen im annektierten polnischen Teil Oberschlesiens zu befassen.

8 Mineralöl-Baugesellschaft mbH, Auszug aus dem Besprechungsbericht vom 10.12.40 (Kattowitz) Betr. Baugelände für 2 neue Hydrieranlagen, Fall VI, ADB 72, NI-11 783.

9 Ebenda, S. 3.

10 Bericht über eine Fahrt nach Schlesien zur Prüfung der für Buna IV in Frage kommenden Werksgelände vom 15.-18.12.40, S. 7. Ebenda, NI-11 110.

Ende Dezember fällte die Ludwigshafener Gruppe eine Vorentscheidung zugunsten jenes Standorts östlich von Oşwieçim-Auschwitz, auf den sich die Fachleute der Mineralöl-Baugesellschaft schon am 10. Dezember festgelegt hatten. Wie und auf welchen Wegen die beiden Expertengruppen sich vor den Weihnachtstagen abstimmten, ist archivalisch noch nicht rekonstruierbar. Belegt ist aber, daß Ambros am 23.12.1940 beim Bürgermeister von Auschwitz nach dem Bauland östlich der Stadt nachfragte, und daß er am 10. Januar 1941 mit den Vertretern der Mineralöl-Baugesellschaft verhandelte.[11] Sechs Tage später traf sich Ambros in Ludwigshafen mit den Managern der Bergbauholding Oberschlesische Hydrierwerke AG, welche der Mineralöl-Baugesellschaft den Prospektierungsauftrag erteilt hatte. Auf dieser Sitzung ging es noch um die gemeinsame Erschließung des Geländes östlich von Auschwitz für je eine Synthese- und eine Bunaanlage.[12] Vierzehn Tage später waren die oberschlesischen Bergbaumagnaten schon aus dem Rennen: Bei oberster Priorität für das Buna-Werk sollte die I.G. jetzt auch den Aufbau eines Hochdruck-Syntheseteils für Spezialtreibstoffe übernehmen. Die Vorentscheidung der Ludwigshafener Expertengruppe von Ende Dezember ließ sich wohl nicht von ungefähr innerhalb eines Monats gegen einen Mitbewerber mit ausgeprägtem Informationsvorsprung und zusätzlichem regionalen Platzvorteil durchsetzen. Seit der Gründung von Schkopau im Jahr 1935 hatte die I.G.-Spitze versucht, die Hochdruckchemie der Benzinsynthese aus Kohle mit der Acetylenchemie zusammenzufassen, in welche die Buna-Projekte entstehungsgeschichtlich als besonderer Schwerpunkt integriert waren. Mehr als Kompromisse waren dabei nicht herausgekommen.[13] I.G. Auschwitz sollte dagegen von Anfang an als Kombination von Hochdruck- und Acetylenchemie, von Synthesebenzin und Kunstkautschuk geplant und aufgebaut werden. Das war die offiziell durchgesetzte Lesart. Und da es hinter dieser rüstungswirtschaftlich begründeten Option für das Zusammengehen zweier miteinander verwandter Produktionsstränge wohl auch noch eine eigenständige Investitionsstrategie der I.G. Farben gab, war ein Status quo mit den Hydrierinteressen der oberschlesischen Bergwerksholding ausgeschlossen. Bedeutung und Hintergründe dieser im Fall I.G. Auschwitz exemplarisch zutage

11 Vgl. Antwortbrief des Bürgermeisters von Auschwitz, Gutsche, vom 9.1.1941 an Ambros auf dessen Anfrage vom 23.12.1940, Fall VI, Ambros-Verteidigungsdokument 308; Begleitschreiben der Mineralöl-Baugesellschaft mbH an Ambros vom 11.1.1941 anläßlich der Übersendung des Auszugs aus dem Besprechungsbericht vom 10.12.1940, ebenda, NI-11 783.

12 Besprechung am 16.1.1941 in Lu 1 über Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Buna und Schlesien-Benzin in Auschwitz, Fall VI, ADB 72, NI-11 784.

13 Hierzu detailliert Plumpe (Anm. 3), S. 399ff.

tretenden Doppelbödigkeit der Technologiepolitik werde ich weiter unten erörtern.

Bei den Verhandlungen der I.G.-Expertengruppe mit den Vertretern der Mineralöl-Baugesellschaft mbH und später der Oberschlesischen Hydrierwerke AG (Schlesien-Benzin) hatte auch die Frage der Arbeitskräftebeschaffung von Anfang an eine entscheidende Rolle gespielt. Die ethnische Zusammensetzung der deportationsbedrohten Bevölkerung von Auschwitz war dabei genauso zur Sprache gekommen wie - erstmals schriftlich für die Ludwigshafener Konferenz am 16. Januar 1941 nachweisbar[14] - das im Ausbau befindliche Konzentrationslager. Nachdem die Vorentscheidung gefallen, die Verdrängung der oberschlesischen Synthesebenzin-Konkurrenten so gut wie sicher und inzwischen auch der Erwerb eines 18 Kilometer von Auschwitz entfernt gelegenen Steinkohlenbergwerks (Fürstengrube) nur noch eine Frage der Zeit war,[15] gewann das Arbeitskräfteproblem oberste Priorität. Eine Gruppe von I.G.-Baufachleuten machte sich erneut nach Oberschlesien auf, um diesmal mit den Landesplanern der Reichsstelle für Raumordnung zu verhandeln. Sie beschaffte sich eine Menge von Infrastrukturdaten, die den bisherigen positiven Eindruck vom geplanten Standort bestätigten, horchte ihre Informanten aber vor allem über die arbeitsmarktpolitische Situation aus. Juden und Polen in und um Auschwitz sollten im Frühjahr 1941 »gänzlich ausgesiedelt« werden, erfuhr Oberingenieur Santo von der I.G. Ludwigshafen in einem Gespräch am 31. Januar 1941 mit den Leitern der Landesplanung für Oberschlesien. »Die Wiederbesiedlung soll durch Wehrbauern sowie durch Zurückholung oberschlesischer Industriearbeiter erfolgen. Für die Bauzeit müßten auf Grund von Verhandlungen mit dem Reichskomissar (für die Festigung deutschen Volkstums, KHR) Teile der polnischen Bevölkerung zurückgehalten werden ... Westlich und südwestlich von Auschwitz soll ein etwa 10 qkm großes Gebiet zu einer Konzentrationslager-Siedlung ausgebaut werden. Das bereits vorhandene Konzentrationslager - etwa 7000 Häftlinge - soll vergrößert werden. Möglichkeit für Beschäftigung von Häftlingen bei dem Bauvorhaben nach Verhandlungen mit dem Reichsführer SS möglich.«[16] Damit war für die I.G.-Planer endlich komplett, was wir in der Sprache der heutigen Infrastrukturplaner als optimale Allokationsbedingungen bezeichnen würden. Von der Gewißheit darüber bis zur Durchsetzung war

14 Vgl. NI-11 784 (Anm. 12), S. 3.

15 Die Verhandlungen liefen seit Juli 1940, der Kaufvertrag mit der Fürstlich Plessischen Bergwerks AG wurde am 8.2.1941 unterzeichnet. Vgl. die Dokumentation der oberschlesischen Steinkohle-Aktivitäten der I.G. in: Fall VI, ADB 80.

16 Aktennotiz des Oberingenieurs Santo von der I.G. Ludwigshafen über seine Verhandlungen mit der Landesplanung in Kattowitz am 31.1.1941, S. 3f. Ebenda, ADB 72, NI-11 785.

es freilich noch ein beschwerlicher Weg. Die regionalen Behörden (»Amtsschimmel« im Jargon der I.G.)[17] stellten sich offen quer, sie hatten sich auf die Hydrieranlage der Schlesien-Benzin eingeschworen, die Landesplaner fühlten sich an die Wand gespielt. Es wog in dieser Situation schwer, daß der »Ansiedlungsstab« des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ähnlich überregional plante wie die Buna-Fachleute aus Ludwigshafen: Die I.G.-Planer konnten, wenn sie ihn für ihr Vorhaben gewannen, mit ihm zusammen alle regionalen Widersprüche aushebeln. Der »Reichskommissar« würde aus dem Strom der Deportierten eine Gruppe arbeitsfähiger polnischer Zwangsarbeiter für sie abzweigen, er würde Auschwitz für die deutsche Vorarbeiter- und Managerschicht »freimachen«, er würde ihnen aus dem im Aufbau befindlichen KZ die zusätzlich erforderlichen Sklavenarbeiter besorgen, und nach dem Abschluß der Aufbauphase würden mit seiner Hilfe »reichsdeutsche« Facharbeiter in einer neu aufgebauten Stadt und Region Auschwitz angesiedelt werden. Hinzu kam eine wichtige Entdeckung, die bislang unterschätzt wurde: Das Gelände, auf das es die Planer der I.G. seit Ende Dezember 1940 abgesehen hatten, stand »unter Verwaltung des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, Reichsführer SS«.[18] In bezug auf das Projekt Buna IV war Himmler zur ersten Adresse der I.G. Farben avanciert. Bis Mitte Februar 1941 wußte er davon noch nichts.

Der weitere Ablauf der Ereignisse bis zum Baubeginn ist hinreichend bekannt und braucht hier nur summarisch vermerkt zu werden.[19] Am 6.2.1941 wurden in einer Serie von Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsamt für Wirtschaftsausbau die I.G.-Entscheidungen über Standort, Technologieplanung und Risikoabsicherung sanktioniert.[20] Zwölf Tage später schickte Göring an Himmler sein berüchtigtes Schreiben über »Bevölkerungspolitische Maßnahmen für das Buna-Werk Auschwitz in Ostoberschlesien«[21], das genau die arbeitspolitische Konzeption der I.G.-Planer wiederholte. Darauf folgte am 4. März 1941 die Vollzugsmeldung des Karl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeu-

17 »Gewisse Widerstände von kleinen Amtsschimmeln konnten schnell beseitigt werden. Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt (und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus).« Aus einem Schreiben von Ambros an ter Meer und Struss vom 12.4.1941, ebenda ADB 73, NI-11 118.

18 Aktennotiz an Oberingenieur Santo über seine Verhandlungen mit der Landesplanung in Kattowitz am 31.1.1941, S. 2a, ebenda, ADB 73, NI-11 785.

19 Am ausführlichsten rekonstruiert von Morris, Development of the Acetylene Chemistry (Anm. 3), S. 335ff.

20 Vgl. Aktenvermerk ter Meers über eine Besprechung mit Ministerialdirigent Mulert im Reichswirtschaftsministerium am 6.2.1941, NA, T-301, NI-11 111; Aktenvermerk ter Meers über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 6.2.1941, ebenda, NI-11 112; Aktenvermerk ter Meers über eine Besprechung mit Professor Krauch am 6.2.1941, Betr. Buna IV, ebenda, NI-11 113.

21 Fall VI, ADB 72, NI-1240.

gung beim Beauftragten für den Vierjahresplan Göring und Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farben: »Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1.) Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind freizumachen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.
2.) Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.
3.) Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V- und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunawerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen.
4.) Für alle Fragen, die das Werk Auschwitz betreffen, ist der Chef des persönlichen Stabes des Reichsführers SS, SS-Gruppenführer Wolff, zuständig, der als Verbindungsmann zwischen dem Reichsführer SS und dem Werk Auschwitz bestimmt ist.

Diese Verfügungen sind so weitgehend, daß ich Sie bitte, in möglichst umfangreichem Maße und möglichst bald davon Gebrauch zu machen.«[22]

Dieser von Krauch vorsorglich zugefügten Empfehlung sind die I.G.-Vertreter am 20. März 1941 in Berlin und dann eine Woche später beim Lagerkommandanten Hoeß nach Kräften nachgekommen.[23] Es wurde eine Kooperation von welthistorischer Tragweite daraus. Startete hier doch ein Pilotprojekt, das ein Investitionsprogramm der damaligen Spitzentechnologie durch die Verwertung der Gesamtarbeitskraft einer Belegschaft verwirklichen wollte, in der freie Lohnarbeit, Zwangsarbeit und Sklavenarbeit miteinander kombiniert waren.

2. *I.G. Auschwitz als Modell der Hochtechnologie: die offizielle und die tatsächliche Version*

Selbst bis in die neueste Forschungsliteratur wird die aktenkundige Version der verschiedenen Rüstungsbehörden über die Planung von »Buna IV« als un-

22 Ebenda, NI-11 086.

23 Die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen zwischen den I.G.-Vertretern Bütefisch, Dürrfeld und Faust und den SS-Führern Wolff, Glücks und Lörner wurden anläßlich der ersten I.G. Auschwitz-Baubesprechung am 24.3.1941 in Ludwigshafen referiert, vgl. das Besprechungsprotokoll vom 31.3.1941, S. 9f., ZStA Potsdam, I.G. Farbenindustrie AG, Nr. A 1984. In derselben Akte findet sich auch der Besuchsbericht Dürrfelds über eine Besprechung mit dem Lagerkommandanten des Konzentrationslagers bei Auschwitz am 27.3.1941.

bezweifelbar feststehende Tatsache fortgeschrieben:[24] I.G. Auschwitz war ein Investitionsvorhaben, das nach einer Bauzeit von gut zwei Jahren Synthesekautschuk vom Typ Buna S sowie hochwertige Flugtreibstoffe (Isooktan) produzieren sollte. Die Errichtung und Fertigstellung der Buna-Anlagen habe dabei Vorrang gehabt, der Syntheseteil sollte später folgen. Daraus sei jedoch nichts mehr geworden. Der Mangel an deutschen Spezialisten, die passive Resistenz der Zwangsarbeiter und die Bombardierungen der Amerikaner im August und September 1944 hätten die Bautermine ständig verzögert und schließlich die Fertigstellung vor Kriegsende unmöglich gemacht. I.G. Auschwitz war, so lesen wir, schlecht geplant und ausgeführt, es endete als Investitionsruine beziehungsweise mußte vom befreiten Polen erst zu Ende gebaut werden.

Schon vor dem Aktenstudium - die Akten zur Technologie von I.G. Auschwitz sind in Potsdam erhalten und genausowenig ausgewertet wie die leicht zugänglichen Dokumente der Ermittler für den I.G. Farben-Prozeß - drängen sich einige Fragen auf, die die gängige Darstellung erschüttern. Hinter dem Begriff »Buna IV« versteckt sich ein Planungs- und Investitionsvorhaben, bei dem erstmals in der Geschichte der I.G. Farben die Verfahrenstechniken von Hochdruck- und Acetylenchemie ineinandergriffen.[25] Es handelte sich um einen technologiepolitisch neuartigen Ansatz, der über die Verfahrenstechnik von Schkopau und Hüls konzeptionell hinausgriff und die beiden Kreisläufe der auf dem Rohstoff Kohle aufbauenden organisch-chemischen Grundstoffproduktion aufeinander abstimmte. Waren die beiden kriegswirtschaftlichen Endprodukte von der Gesamtanlage her gesehen beliebig austauschbar? Wie ist es beispielsweise zu erklären, daß im Syntheseteil ab Oktober 1943 Methanol - nicht etwa Isooktan - produziert worden ist?[26] Warum fiel selbst dem chemischen Laien Himmler, der die Anlage im Juli 1942 beging, die außerordentlich komplexe Konstruktionsweise als Hemmnis einer raschen Fertigstellung auf?[27] Es wäre also zu hinterfragen, ob die I.G.

24 Vgl. Hayes (Anm. 3), S. 347ff.; Morris (Anm. 3), S. 330ff.; Gottfried Plumpe, Industrie, technischer Fortschritt und Staat - Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906-1944/45, in: Geschichte und Gesellschaft, 9, 1983, S. 591f.; Ders., Die I.G. Farbenindustrie AG (Anm. 3), S. 412ff.

25 Dieses von niemand bestrittene Phänomen wird merkwürdigerweise auch in den neuesten technikhistorischen Arbeiten (vgl. Anm. 3) nicht analysiert. Statt dessen kapriziert sich beispielsweise Morris auf den Nachweis, die I.G. Farben-Technokraten hätten aufgrund des Primats der Acetylenchemie den Ausbau der Äthylen- und Ätyhlenoxidchemie vernachlässigt: vgl. Morris (Anm. 3), der in diesem Zusammenhang sogar von einem »myth of I.G.'s scientific superiority« spricht (Anm. 54).

26 Zur Beschleunigung des Baus der Methanolanlage als erster Ausbaustufe des Syntheseteils vgl. ZStA Potsdam, I.G. Farbenindustrie AG, Nr. A 2007. Die erste Methanolkammer wurde am 1.10.1943, die zweite am 1.11.1943 angefahren. Beim vorangegangenen Erprobungsbetrieb waren schon bis Ende Juni 1943 fünf Arbeiter an Methanolvergiftungen gestorben bzw. schwer erkrankt, vgl. Bericht über die Mittwochsbesprechung am 30.6.1943, ZStA Potsdam, I.G. Farbenindustrie AG, A 1987.

27 Himmler besucht I.G. Auschwitz am 18.7.1942. Vgl. Wochenbericht Nr. 60/61 vom 13.-26.7.1942, Fall VI, Prosecution Exhibits Bd. 6, NI-14 551.

Farben im Gegensatz zu den rüstungswirtschaftlichen Koordinationsbehörden von einer gänzlich anderen Planung ausging. Die Rüstungsbehörden wollten ein so einfach wie möglich konstruiertes und daher rasch realisierbares Chemie-»Kriegswerk« für Buna und Isooktan. Natürlich war die Gesamtanlage so ausgelegt, daß die Erzeugung dieser Produkte auch möglich war. Plante die I.G. dessenungeachtet aber einen Werkskomplex, der auf eine weitaus ambitiösere Produktstrategie zielte? War das »Kriegswerk« »Buna IV« nur eine Fassade, um extrem verknappte Ressourcen an Menschen, Baumaterial und Verfahrenstechnik für ein weit darüber hinausgreifendes Investitionsvorhaben zu ergattern?

Der Blick in die Akten erhärtet diese Überlegungen. Auf der ersten Baubesprechung für das I.G.-Werk Auschwitz am 24.3.1941 in Ludwigshafen kamen die I.G.-Technokraten ohne Umschweife zur Sache. Geplant waren natürlich zunächst der Aufbau einer Buna- und einer Treibstoffanlage (im ersten Fall Vierstufenverfahren mit baldiger Umstellung auf den Reppe-Prozeß, während für die Treibstoffsynthese das modifizierte Fischerverfahren [CO-H_2] vorgesehen war). Sie galten aber nur als Ausgangspunkt. Die Buna-Anlage war im Kern als Zusatzkapazität für den Ausbau der Produktion von synthetischen Bindemitteln und Textilfasern (Polyamiden) gedacht. Der Treibstoffteil dagegen war so ausgelegt, daß er leicht auf die Produktion von Alkoholen und Olefinen umgestellt werden konnte.[28]

Noch deutlicher wurde Ambros auf der offiziellen Gründungssitzung von I.G. Auschwitz, die am 7. April 1941 in Kattowitz stattfand.[29] Dort führte Ambros aus, die I.G. habe ihr Projekt Rattwitz deshalb zugunsten von Auschwitz aufgegeben, weil die »Vierjahresplanwerke auf lange Sicht gebaut« würden und deshalb »die technische Entwicklung bei der Gründung eines neuen Werkes berücksichtigt werden« müsse. In diesem Sinn sei die Verbindung zwischen Buna- und Treibstoffwerk technisch vorteilhaft, da sich ihre Zwischenprodukte »weitgehend unterstützen und ausgleichen können«, und zwar in bezug auf ihre Weiterverarbeitung: »Es ist vorauszusehen, daß aus diesen beiden Hauptästen mit ihren verschiedenen Vor-, Zwischen- und Nebenprodukten zwangsläufig neue Zweige der organischen Chemie wachsen werden wie z. B. Kunststoffe, Harze, Lack-Bindemittel, Textilhilfsmittel usw.« Die Kunststoffproduktion war bislang innerhalb der I.G. Farben völlig zersplittert. Die Umsätze dieser neuen Sparte der Acetylen- und Äthylenche-

28 I.G.-Werk Auschwitz, Protokoll der 1. Baubesprechung am 24.3.1941 in Ludwigshafen, ZStA Potsdam, I.G. Farbenindustrie AG, Nr. A 1984.

29 Niederschrift über die Gründung des I.G.-Werks Auschwitz am 7.4.1941 in Kattowitz, ebenda. Die folgenden Zitate ebenda, S. 2.

mie waren seit 1940 explodiert[30], und die I.G. achtete streng darauf, daß die dabei geheckten Extraprofite nicht durch wirtschaftspolitische Eingriffe geschmälert wurden. Otto Ambros, der Chefplaner von I.G. Auschwitz, war seit Anfang 1939 Leiter der »Kommission K« (Kommission für Kautschuk und Kunststoffe) der I.G. Farben, und damit ihres wachstumsträchtigsten Sektors. I.G. Auschwitz, die angebliche Investitionsruine der Buna-»Autarkie«, war als Kombinat geplant, das in der Nachkriegsplanung der I.G. Farben eine Schlüsselrolle spielen sollte. Hinter der Produktionsgarantie für zwei Substitutionsprodukte der nazistischen Kriegswirtschaft versteckte sich eine knallharte Innovationsstrategie für den Weltmarkt.

3. Die Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials

Um so schroffer muß auf den ersten Blick die Kluft zur Arbeitskräfteplanung ausfallen. Heißt es doch eine Perspektive anzuerkennen, wonach die I.G. Farben in Auschwitz für eine getarnte Weltmarktfabrik modernsten Zuschnitts Arbeitskräfte rekrutierte, die im Herbst 1942 zu etwa 70 Prozent aus Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen bestanden und auf elf separate Lager verteilt waren.[31]

Zunächst zur sozialen und nationalen Zusammensetzung, wobei ich hier nur einen grob verkürzten Überblick zu vermitteln vermag. Die schmalste, aber beherrschende Schicht stellten reichsdeutsche Vorarbeiter, Meister und Angestellte, etwa 15 Prozent der Belegschaft, die abgesehen von der I.G. selbst auf etwa 170 Subunternehmen verteilt waren. Ihre Rekrutierung war zunächst einfach, Auschwitz war ein Prestigeprojekt der I.G., und nicht nur bei den Technikern und Managern als »Katalysator« der Karriere hoch geschätzt. Erst ab der Jahreswende 1943/44 mußte die I.G. auf allerlei Tricks zurückgreifen, um ihre unteren Kader dahin zu locken, wo, wie ein Angesteller 1942

30 Entwicklung der Kunststoffsparte der I.G. Farben 1938-1943

Jahr	Produktion 1000t	Anteil synthetischer Kunststoffe	Umsatz (Mio. RM)	Umsatzrendite (Prozent)
1938	20,2	25	11,4	0,9
1939	31,8	43	28,3	7,4
1940	45,7	63	62,7	15,3
1941	60,4	66	92,6	20,6
1942	74,0	69	114,2	20,9
1943	83,7	66	122,6	20,1

Nach Plumpe (Anm. 3), S. 357.

31 Vgl. I.G. Werk Auschwitz, Gefolgschaftsabteilung/Arbeiterangelegenheiten, Belegschaft der verschiedenen Lager, Stand 22.9.1943. BA, R 25/200; Aussage Martin Rossbachs vom 21.1.1948, Fall VI, Prosecution Exhibits Bd. 9, NI-14 287.

geschrieben hatte, die »Kugel pfeift« und die Häftlinge schon einmal »infolge ›Hitzschlag‹ abhanden« kamen.[32]

Um so gravierender waren die Probleme, die die Bauleitung von I.G. Auschwitz mit den freien Fremdarbeitern vor allem aus Belgien und Frankreich hatte, die wir wohlgemerkt nicht zu den Zwangsarbeitern rechnen. Bis zum Winter 1942/43 waren ihre Unterbringungs-, Verpflegungs- und Bekleidungsverhältnisse genauso katastrophal wie die Arbeitsbedingungen hart. Das aber widersprach eklatant den Voraussetzungen, zu denen sie sich freiwillig hatten rekrutieren lassen. Die meisten kehrten nach Urlaubsreisen nicht zurück, die Absentismusrate stieg zeitweilig auf 40 Prozent, ganze Fremdarbeitergruppen wurden fristlos entlassen.[33] Das verbliebene Kontingent der Franzosen wurde ab Herbst 1942 durch italienische Migrationsarbeiter ergänzt.

Die nach den jüdischen Arbeitssklaven größte Gruppe der Bau- und seit der zweiten Jahreshälfte 1942 auch der Montagebelegschaft bildeten die polnischen Zwangsarbeiter, die, sieht man von den englischen Kriegsgefangenen ab, zunächst durch die oberschlesischen Arbeitsverwaltungen zur Arbeit dienstverpflichtet worden waren. Ihr Anteil stieg im Verlauf der »Sauckel-Aktionen« im besetzten Generalgouvernement ständig und erreichte in der intensivsten Bauperiode Ende 1943 etwa 4100 der 29 000 Menschen zählenden Arbeiterinnen- und Arbeiterbelegschaft.[34] Seit dem Sommer 1942 kamen zu den Polen zwangsrekrutierte Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter sowie kroatische Zwangsarbeiter dazu. Die Arbeitsproduktivität dieser Zwangsarbeiter galt zunächst als außerordentlich niedrig. Aber im Herbst 1942 rühmte sich die Personalabteilung von I.G. Auschwitz, die Front der passiven Resistenz aufgebrochen und insbesondere die knapp 900 Ostarbeiterinnen zu höheren Arbeitsleistungen motiviert zu haben.[35]

32 Der Brief des Georg Kurth vom 30.7.1942 an IG.-Direktor Küpper ist ein aufschlußreicher Beleg für den antisemitischen Vernichtungswillen von I.G.-Angestellten in Auschwitz: »Daß dabei die jüdische Rasse eine besondere Rolle spielt, können Sie sich denken. Die Verpflegung und Behandlung dieser Sorte von Menschen ist zweckentsprechend. Irgendwelche Gewichtszunahmen dürften wohl hier kaum zu verzeichnen sein. Daß bei dem geringsten Versuch, eine Luftveränderung vorzunehmen, die Kugel pfeift, ist eine ebenso feststehende Tatsache wie die, daß schon viele infolge ›Hitzschlag‹ abhanden kamen.« Fall VI, ADB 77, NI-838.

33 Vgl. die Wochenberichte der Bauleitung von I.G. Auschwitz vom Frühjahr bis Herbst 1942, insbesondere den Wochenbericht Nr. 60/61 vom 13.7.-26.7.1942, ebenda, Prosecution Exhibits, Bd. 6, NI-14 551.

34 Zusammengestellt nach den Wochen- und Baubesprechungsberichten 1941-1943, ZStA Potdam, I.G. Farbenindustrie AG, Nr. A 1984 und A 1987; Fall VI, Prosecution Exhibits Bd. 4-9.

35 »Der Lagerverwaltung ist es gelungen, die Russinnen straff auszurichten und an eine strenge Disziplin zu gewöhnen ... Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird in Kürze die gleiche erzieherische Arbeit bei den Kroaten angewendet werden und im Anschluß daran erfolgt die Ausrichtung des Lagers II (Franzosen und Ukrainer).« Aus dem Wochenbericht Nr. 64/65 vom 10.-23.8.1942, Fall VI, Prosecution Exhibits Bd. 9, NI-15 254.

Die unterste Schicht bildeten die KZ-Häftlinge.[36] Anfänglich entstammten sie dem polnisch-jüdischen Widerstand. Seit dem Frühjahr 1942 überwogen die jüdischen Häftlinge aus allen Ländern West-, Süd- und Südosteuropas, die auf der Rampe von Auschwitz-Birkenau zur Sklavenarbeit ausgesondert worden waren. Sie wurden bis zur Einfriedung des Baugeländes und zur Einrichtung eines Häftlingslagers in Monowitz (Lager IV) im Sommer 1942 täglich aus dem sieben Kilometer entfernten KZ Auschwitz nach Buna IV in Marsch gesetzt und dort kolonnenweise zu den schwersten Ausschachtungs- und Transportarbeiten gezwungen. Die Arbeitskolonnen waren anfänglich von SS-Wachen umstellt, wer sie verließ, wurde erschossen. Hinzu kam ein mörderisches Kapo-System, das, seitens der I.G. planvoll von der SS übernommen[37], durch entsetzliche Prügeltechniken geprägt war. Die Häftlingszahlen selbst überschritten Ende 1941 die Grenze von 1000, stiegen bis Ende 1943 auf 6000 und machten Ende 1944 mit 11 000 mehr als ein Drittel der gesamten Arbeiterbelegschaft aus.[38] Nach drei bis vier Monaten waren die Häftlinge im Durchschnitt »verbraucht«: tödlich verunglückt, erschlagen, im Krankenbau, zur Vernichtung in die Gaskammer von Auschwitz-Birkenau geschickt oder seit Herbst 1943 auch allgemeinen Selektionen im KZ-Außenlager zum Opfer gefallen. Die Zahl der ermordeten KZ-Häftlinge von I.G. Auschwitz wird auf etwa 30 000 geschätzt.[39]

Auf den ersten Blick mutet es unglaubwürdig an, daß die Betriebsleitung von I.G. Auschwitz mit einer solchen Arbeiterbelegschaft ihr Werk innerhalb von dreieinhalb Jahren im wesentlichen aufbauen und teilweise auch in Betrieb nehmen konnte - wenn es zutrifft, daß der Gesamtkomplex vor dem ersten amerikanischen Luftangriff im August 1944 im wesentlichen anfahrbereit gewesen ist.[40] Daß ihr dies überhaupt gelang, lag an der Fähigkeit, das

36 Die Quellenlage ist fast genauso umfangreich wie der Bestand an Zeugnissen von Überlebenden. Dennoch steht eine systematische Auswertung bis heute aus.

37 Und zwar wurden für das I.G.-Projekt aus den Konzentrationslagern des gesamten Reichsgebiets deutsche kriminelle Häftlinge mit Facharbeiterqualifikation zusammengezogen, um sie bei Buna IV als Kapos einzusetzen. Vgl. den Hinweis auf diese anläßlich des Berliner Treffens am 20.3.1941 getroffene Absprache im Protokoll der ersten Baubesprechung vom 24.3.1941, ZStA Potsdam, I.G. Farbenindustrie AG, Nr. A 1984. S. 10.

38 Den präzisesten Überblick über die Häftlingszahlen enthält die Aussage des ehemaligen Leiters der Personalabteilung von I.G. Auschwitz Martin Rossmann (Anm. 31). Sie werden durch Zahlenangaben der Wochen- und Baubesprechungsberichte bestätigt (vgl. Anm. 34).

39 Diese Zahl basiert auf einer Synopse aller verfügbaren Angaben zu dieser Frage während des I.G. Farben-Prozesses. In der Literatur schwanken die Angaben zwischen 25 000 und 30 000. Vgl. Joseph Borkin, Die unheilige Allianz der I.G. Farben, Frankfurt und New York 1981, S. 118 (mit der falschen Angabe, daß insgesamt 300 000 Häftlinge I.G. Auschwitz durchlaufen hätten - wahrscheinlich ein Druckfehler); Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (1961), Berlin 1982, S. 628; Gottfried Plumpe (Anm. 3), S. 419.

40 Auf jeden Fall funktionierten bis dahin der Schwelteerbetrieb, die Gasfabrik, die Methanolanlage, der Karbidbetrieb, und es wurden im Rahmen des »Lackplans« verschiedene Zwischenprodukte der Kunststoffsynthese sowie hochwertige Schmieröle erzeugt. Der tatsächliche Montage- und Betriebszustand ist jedoch

auf den ersten Blick wild zusammengewürfelte Proletariat von Buna IV rassistisch zu selektieren und zugleich arbeitsteilig zur Gesamtarbeitskraft neu zusammenzusetzen. Diese Vorgehensweise funktionierte anfänglich keineswegs reibungslos, denn die zur Beherrschung verfügbare Funktionsschicht deutscher Vorarbeiter und Meister mußte genauso wie die SS-Wachmannschaften und später der I.G.-eigene Werkschutz erst dazu gebracht werden, die jeweiligen Grade von Unfreiheit und Zwang pro ethnischer Belegschaftsgruppe genau zu beachten und arbeitsorganisatorisch effizient auszunutzen. Beispielsweise mußte ein deutscher Vorarbeiter lernen, in einer bestimmten Konstellation eine recht weitgehende Verweigerungshaltung eines freien Fremdarbeiters zähneknirschend zu akzeptieren, um im nächsten Augenblick einen SS-Wachtposten oder auch einen KZ-Kapo zur Mißhandlung eines jüdischen Arbeitssklaven zu animieren. Besonders delikat war die Kontrolle der polnisch-russischen Zwangsarbeiter, weil hier der Abstand zu den jüdischen Sklaven nicht immer leicht einzuhalten war. Später, als der »Arbeitsdienst« von I.G. Auschwitz ein differenziertes Zuteilungsverfahren zu den Arbeitsgebieten Baustelle, Montage und allgemeiner Betrieb zu beherrschen gelernt hatte, traten solche abrupten Situationswechsel nicht mehr so häufig auf. Innerhalb der jeweiligen Meisterabschnitte existierten jetzt überschaubare Gruppenbedingungen, die durch den jeweiligen Mikrokosmos ihrer ethnischen Zuordnung bestimmt waren. Dieses Verfahren wurde nach und nach auch in den verschiedenen Zwangsarbeiterlagern durchgesetzt (Lager II = Zwangsarbeiterlager, III = Frauenlager, IV = Sklavenlager, V = Russenlager, VI = englische Kriegsgefangene) und reproduzierte auch dort die unterschiedlichen Freiheitsgrade der Arbeitskraft.

Die I.G.-spezifische Technik von rassistischer Selektion und Neukombination war somit ein hierarchisiertes Gewaltverhältnis, das je nach der Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe die Bereitschaft zur Vergegenständlichung der Arbeitskraft im Produktionsziel mit einer unterschiedlichen Überlebenschance ausstattete. Die Bedrohung war auf allen Ebenen entsprechend dosiert. Sobald der Baukomplex eingezäunt war und auch die KZ-Häftlinge auf dem Werksgelände untergebracht waren, wurde sie Schritt für Schritt verfeinert. Der bislang grobschlächtige Terror der SS den Sklaven gegenüber, der sich, wie es mehrfach in den Wochenberichten heißt, auch im Hinblick auf die übrigen Belegschaftsschichten leistungsabträglich auswirkte, machte einem sy-

erst noch zu rekonstruieren, entsprechende Unterlagen sind im Zentralen Staatsarchiv Potsdam vorhanden. Vgl. auch die Einschätzung des Chemikers Primo Levi, der zu dieser Zeit als KZ-Häftling im Polymerisationslabor von Buna IV arbeitete: Primo Levi, Ist das ein Mensch? (Anm. 4), S. 123.

stematisierten Terrorsystem à la I.G. Platz.[41] »Züchtigungen« wurden bis zum Schichtende aufgeschoben, ein System abgestufter Leistungsanreize für die KZ-Häftlinge eingeführt (FFF-Prämie)[42], »verbrauchte« Häftlinge rechtzeitig für die Vernichtung in Birkenau selektiert. Auch gegenüber den polnischen, sowjetischen und kroatischen Zwangsarbeitern, der nächsten auf die Sklaven folgenden Schicht, erwies sich die I.G. als außerordentlich erfinderisch. Im Sommer 1942 führte der jetzt verstärkt in Aktion tretende I.G.-Werkschutz eine »Strafbaukolonne« für aufsässige Zwangsarbeiter ein[43], die auf diese Weise eine Zeitlang auf den Sklavenstatus herabgedrückt und später während ihrer Strafzeit in einem abgetrennten Teil des Sklavenlagers untergebracht waren. Kurz darauf folgte die Einrichtung einer I.G.-eigenen »Arrestanstalt« auf dem Werksgelände, was die Gemüter bis hin zum Regierungspräsidium Kattowitz derart erregte[44], daß sie später pro forma in ein offizielles Arbeitserziehungslager der Gestapoleitstelle Kattowitz umgewandelt worden ist.[45] An der leibeigenschaftlich-gewalttätigen Ausgestaltung des Herr-Knecht-Verhältnisses änderte sich jedoch nichts. Die I.G. Auschwitz verfügte im zukunftsträchtigsten Innovationsobjekt ihrer Technologie- und Weltmarktstrategie der vierziger Jahre über ein sorgfältig sortiertes Belegschaftssystem von fanatisch ergebenen deutschen Vorarbeitern, freien Fremdarbeitern, ost- und südosteuropäischen Zwangsarbeitern mit Tendenzen zu einer neuen Leibeigenschaft und Arbeitssklaven.

Indessen war die Arbeitssklaverei besonderer Art. Die Sklaven waren von der SS gemietet, schon im März 1941 hatten sich Mieter und Vermieter auf einen Kaufpreis von 3,- beziehungsweise 4,- Reichsmark (Ungelernte, Fachar-

41 Falk Pingel weist zu recht darauf hin, daß die I.G.-Bauleitung damit gegenüber den Buna-Sklaven lediglich ein Konzept reaktivierte, das die SS selbst anläßlich der Reorganisation der reichsdeutschen Konzentrationslager in den dreißiger Jahren entwickelt hatte. Vgl. Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg 1978, S. 150.

42 »Fressen-Frauen-Freiheit«: nur die ersten beiden Komponenten dieser »Art Akkordsystem« (vgl. Protokoll der 19. Baubesprechung am 30.6.1942 in Ludwigshafen, ADB 74, NI-11 137) wurden realisiert, nämlich Prämienscheine für Kostzulagen eingeführt und ein Lagerbordell eingerichtet. Die Freilassung wurde von der SS, die ansonsten auch hier von der I.G. lernte, jedoch nicht als Leistungsanreiz zugestanden. Dessenungeachtet begann die Leitung von I.G. Auschwitz im Sommer 1944 mit der Planung von dreimonatigen Anlernkursen für jugendliche Häftlinge, während sowjetische Zwangsarbeiterinnen schon in den reichsdeutschen Bunawerken zu Produktionsarbeiterinnen umgeschult wurden. Dieser bedeutsame Aspekt der Sklaven- und Zwangsarbeit in I.G. Auschwitz muß noch detailliert untersucht werden.

43 Vgl. Schreiben des Amtskommissars Auschwitz an den Regierungspräsidenten in Kattowitz vom 17.7.1942, Betr. Straflager bei der I.G. Farbenindustrie in Auschwitz, Wojewódzkie Archivum Państwowe Katowice (künftig = WAPK), Regierung Kattowitz, Nr. 2910.

44 Vgl. die Korrespondenz zwischen den lokalen Behörden, dem Regierungspräsidium Kattowitz und der Gestapoleitstelle Kattowitz über die »I.G.-Arrestanstalt« ebenda, Nr. 2910 und 2911.

45 Vgl. Rundschreiben der Gestapoleitstelle Kattowitz vom 11.1.1943 an die Außendienststellen und Polizeipräsidenten, betr. Arbeitserziehungslager Auschwitz der Staatspolizeileitstelle Kattowitz, ebenda, Nr. 2909. Das Lager lag in Dwory »auf dem Gelände der >I.G. Farben< etwa 4 km östlich von Auschwitz« und durfte natürlich »nicht mit dem Konzentrationslager Auschwitz verwechselt werden«, ebenda S. 2.

beiter pro Tag) verständigt.[46] Für die physische Reproduktion (Ernährung, Kleidung, Unterbringung) des einzelnen Sklaven war zunächst der Vermieter bis zum Tod des Sklaven allein zuständig, genauso für die Bewachung. Dies änderte sich im Verlauf des Jahres 1942, als der Mieter einen Teil der Erhaltungskosten übernahm.[47] Im Mietpreis waren lediglich individuelle Erhaltungskosten bis zum »Verbrauch« der Arbeitskraft des Sklaven enthalten. War die Arbeitskraft konsumiert, konnte der Sklave gratis an den Vermieter zurückgegeben werden. Für die Vernichtung der verschlissenen Arbeitsmaschine war der Vermieter auf eigene Kosten zuständig[48], genauso für die Zulieferung eines unverbrauchten Ersatzes von Arbeitskapital. Solange der Sklavenvermieter über ein unbegrenztes Angebot verfügte, konnte der Nachfrager die Arbeitskraft der gemieteten Arbeitsmaschinen innerhalb kürzester Zeit konsumieren und praktisch unbegrenzt an seine Produktionsplanung anpassen. Für das Projekt Buna IV wurden die Sklaven durchschnittlich innerhalb von drei bis vier Monaten verbraucht, in den angeschlossenen Bergwerken (Fürstengrube, Janinagrube, Günthergrube) betrug die Verschleißzeit im Durchschnitt eineinhalb Monate.[49] Da die Arbeitsmaschinen im wesentlichen nur für die Bau- und Montagephase des Werkskomplexes benötigt wurden, waren diese kurzen Verbrauchszeiten auch aus der Sicht des Nachfragers systemfunktional. Die I.G. Farben war in Auschwitz Teilhaber und Nutznießer eines europaweit rekrutierenden Sklavenmarkts, der unabhängig von den Zwangsarbeitermobilisierungen des »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« organisiert war. Das Sklavenjagd- und Sklavenleasingmonopol der SS war im Prozeß der Rationalisierung eines sozialrassistischen Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozesses entstanden, welcher den Genocid zum Vehikel einer sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Innovationsstrategie gemacht hatte.[50] Die »Vernichtung durch Arbeit« unterbrach lediglich für ein paar Monate einen großangelegten Vernichtungskreislauf.

46 »Für die Häftlinge soll pro Hilfsarbeiter und Tag 3 RM, pro Facharbeiter und Tag 4 RM gezahlt werden. In diesen Kosten ist alles inbegriffen, Transport, Verpflegung usw. Über diese Kosten hinaus fallen keinerlei Unkosten für uns und für die Häftlinge an, es sei denn, daß zum Ansporn dann und wann kleine Vergütungen (Zigaretten usw.) gegeben werden.« Besuchsbericht Dürrfelds über eine Besprechung mit dem Lagerkommandanten des Konzentrationslagers bei Auschwitz vom 30.3.1941 (Anm. 23).

47 Und zwar durch die Einrichtung eines KZ-Außenlagers auf dem Gelände von Buna IV (Lager IV).

48 Die I.G. Farben profitierte mittels ihrer Kapitalbeteiligung an der Zyklon B-Lieferantin Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH auch an der industrialisierten Endstufe des Verwertungs- und Vernichtungskreislaufs. Die Degesch war eine Beteiligungsgesellschaft der Degussa AG, der I.G. Farben und der Th. Goldschmidt AG. Vgl. Karl Heinz Roth, Ein Spezialunternehmen für Verbrennungskreisläufe: Konzernskizze Degussa, in: 1999, 3/1988, H. 2, S. 27ff.

49 Vgl. Aussage von Berthold Epstein, ehemaliger Krankenpfleger in Buna IV, vom 3.3.1947, NA T-301, NI-5847; Aussage von Dr. Erich Orlik, ehemaliger Häftlingsarzt in der Janina-Grube, vom 18.6.1947, ebenda, NI-7966.

50 Hierzu Susanne Heim und Götz Aly, Die Ökonomie der »Endlösung«, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5, Berlin 1987.

4. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?

I.G. Auschwitz war beides in einem: Pilotprojekt der chemischen Großtechnologie und Experimentierfeld einer neuartigen Verwertung von Sklavenarbeit. Die Orientierung des Kunststoffkombinats auf die neokapitalistische Weltökonomie des Nachkriegs war als kriegswirtschaftliches Vorhaben mit höchsten Prioritätsstufen abgesichert, aber auch verschleiert. Es stellte die logische Konsequenz einer Konzernstrategie dar, die nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg ein Gebietsmonopol aufgebaut hatte, von dem aus sie eine typisch oligopolistische Technologieoffensive gegen eine Handvoll von Mitbewerbern auf dem Weltmarkt startete.[51]

Systemlogisch war aber auch die damit verbundene Arbeitsmarktstrategie. Als I.G. Auschwitz 1941 startete, gab es keinen freien Arbeitsmarkt mehr für die Realisierung des Investitionsvorhabens, abgesehen davon, daß der Arbeitsmarkt NS-Europas ohnehin immer deutlicher Zwangscharakter annahm. In dieser Situation setzte sich die I.G. Farben in Auschwitz lediglich an die Spitze einer sich allgemein abzeichnenden Entwicklung und verpflanzte ihr wichtigstes Nachkriegsprojekt in eine Region, wo durch gerade anlaufende Deportationen eine Zwangsarbeiterreserve zu rekrutieren war, und wo zusätzlich gerade ein Konzentrationslager entstand, das über die Deportationsperiode hinaus als Arbeitskräftereservoir für eine drei- bis vierjährige Aufbauperiode zur Verfügung stand. Daß dieses KZ sich dann seit dem Frühjahr 1942 in die zentrale Selektionsdrehscheibe zur Sortierung der jüdischen Bevölkerung Europas entweder für die sofortige großtechnisch organisierte Vernichtung oder aber für einen Sklavenmarkt der I.G. Farben und später der gesamten deutschen Rüstungsindustrie verwandeln würde, war zur Zeit der Standortentscheidung nicht absehbar gewesen. Jedoch bleibt festzuhalten, daß die I.G. Farben dann den ihr ohne ihr Zutun zusätzlich zugewachsenen Allokationsvorteil sofort ausgenutzt hat. Das Modell I.G. Auschwitz hat von Anfang an auf das KZ Auschwitz stimulierend zurückgewirkt und darüber hinaus bei 700 Großunternehmen Schule gemacht. Es hat bewiesen, daß auch unter den Bedingungen modernster kapitalistischer Großtechnologie Sklavenarbeit profitabel verwertet werden kann, wenn man sie nur in eine nach Graden der Unfreiheit rassistisch abgestufte Belegschaftspyramide einbaut.

51 Vgl. Gottfried Plumpe (Anm. 3), bes. S. 53ff., 138ff. Bei Plumpe gerät erstmals in der unternehmenshistorischen Forschung das gesamte Technologiespektrum der I.G. Farben ins Blickfeld. Auch wenn er dabei die prinzipielle Offenheit der investitionsstrategischen Entscheidungssituationen herausarbeitet, verliert seine Studie stark durch ihre weitgehende Identifikation mit dem Unternehmerstandpunkt.

Als der Kapitalismus begann, war, wie wir seit Marx wissen, die Sklaverei der westindischen Plantagenmanufakturen konstitutiv für die Herausbildung seiner Weltökonomie.[52] Genauso sicher wissen wir heute, daß I.G. Auschwitz keiner Verfallsperiode des kapitalistischen Weltsystems angehört hat. Was aber dann? Wann endet der vernichterische »Traum im Traum«, der den I.G.-Sklaven, Chemiker und Dichter Primo Levi seit seiner Befreiung nicht mehr losgelassen hat?

52 Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 787; den Ansatz erweiternd auch Immanuell Wallerstein, Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert (1974), Frankfurt/M. 1986; Ders., The capitalist world-economy, Cambridge usw. 1979; C.F.S. Cardoso, A Afro-America: A escravidao no novo mundo, São Paulo 1982, S. 67ff.